



Stadt Weiden in der Oberpfalz

## **Vertragliche Regelungen**

Offenes Verfahren gem. § 15 VgV

**Übertragung von hoheitlichen Aufgaben in den städtischen  
Friedhöfen an private Bestattungsunternehmen**

**11/4-2026-Pi-10**

## Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen .....	3
2. Vertragsgegenstand .....	3
3. Vertragsbestandteile .....	3
4. Vertragsabwicklung .....	3
5. Leistungsumfang .....	4
6. Einhaltung von Vorschriften .....	4
7. Wettbewerbsneutralität .....	4
8. Bestattungszeiten .....	5
9. Geheimhaltung/Schweigepflicht/Datenschutz .....	5
10. Preisgestaltung und nachträgliche Preisanpassung .....	5
11. Rechnungsstellung .....	6
12. Eingesetztes Personal .....	6
13. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis des Auftraggebers .....	7
14. Ansprechpartner .....	7
15. Haftung und Versicherung .....	8
16. Leistungsstörung und Nichterfüllung der Leistung .....	8
17. Vertragslaufzeit und Kündigung .....	9
18. Sonstige Vereinbarungen .....	9
19. Schlussbestimmungen .....	9

## 1. Vorbemerkungen

Der Auftraggeber ist Träger der folgenden kommunalen Friedhöfe:

- **Stadtfriedhof** Weiden i.d.OPf., Gabelsbergerstraße 14, 92637 Weiden i.d.OPf.
- **Waldfriedhof** Weiden i.d.OPf., Am Waldfriedhof, 92637 Weiden i.d.OPf.
- **Gemeindefriedhof Rothenstadt**, Zum Naabberg, 92637 Weiden i.d.OPf.

Der Auftraggeber führt auf diesen Friedhöfen die Beisetzungen und Bestattungen nach Maßgabe des Bestattungsgesetzes (BestG) und der Bestattungsverordnung (BestV) durch. Er hat die Friedhöfe zu verwalten, zu unterhalten und zu pflegen. Die Benutzung der Friedhöfe ist durch die jeweils aktuell gültige

- Friedhofssatzung
- und Friedhofsgebührensatzung

geregelt. Die Satzungen sind auf der Internetseite der Stadt Weiden i.d.OPf. unter <https://www.weiden.de/stadt/rathaus/stadtrecht> zu finden.

## 2. Vertragsgegenstand

Vertragsgegenstand ist die Übertragung von auf den in Ziffer 1 genannten städtischen Friedhöfen zu erbringenden Bestattungsdienstleistungen, die gemäß § 8 der Friedhofssatzung dem Benutzungszwang unterliegen. Die Arbeiten werden dem Auftragnehmer zur Durchführung als Erfüllungsgehilfe des Auftraggebers übertragen.

## 3. Vertragsbestandteile

Es gelten nacheinander und in der nachfolgenden Reihenfolge als Vertragsbestandteile:

- a) diese Vertragsregelungen
- b) die Leistungsbeschreibung
- c) Angebot des Bieters, insbesondere die von ihm ausgefüllte Anlage „Preisblatt“
- d) eventuelle Konkretisierungen durch Antworten auf Bieterfragen
- e) die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- f) zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (Formblatt L 215)

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und finden keine Anwendung.

## 4. Vertragsabwicklung

Die Erbringung der Leistungen erfolgt nach konkretem Bedarf des Auftraggebers und kann von diesem jederzeit beim Auftragnehmer abgerufen werden. Aufgrund dieser Bedarfsabhängigkeit können die jeweiligen maximalen Fallzahlen gemäß dem Preisblatt vom Auftraggeber unterschritten werden, ohne dass daraus der Auftragnehmer Ansprüche herleiten könnte.

Die Termine für die beantragten und durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen werden in Absprache mit dem Auftraggeber festgelegt (vgl. dazu Ziffer 8). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die angeforderten Leistungen zum vereinbarten Termin auszuführen. Zudem erkundigt er sich rechtzeitig vor Ausführung, ob alle Voraussetzungen, insbesondere Voraussetzungen nach § 9 der Friedhofssatzung zur Durchführung der jeweiligen Leistungen vorliegen. Die Ausführung jeder Leistung ist dem Auftraggeber nach Abschluss mindestens mündlich anzuzeigen.

## 5. Leistungsumfang

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche ihm übertragenen Arbeiten fach- und termingerecht durchzuführen. Für den Umfang und die Art der auszuführenden Arbeiten ist die als wesentlicher Bestandteil des Vertrages beigefügte Leistungsbeschreibung maßgebend.

## 6. Einhaltung von Vorschriften

Die vertraglich geschuldeten Leistungen müssen den neuesten einschlägigen Vorschriften, wie z.B. EG-Richtlinien, Umwelt- und Gesundheitsschutzvorschriften, technische Mindeststandards etc. entsprechen.

Der Auftragnehmer hat die nachfolgenden Gesetze, Verordnungen, Satzungen und Richtlinien zu beachten und einzuhalten:

- das Bestattungsgesetz (BestG)
- die Bestattungsverordnung (BestV),
- die Aufgaben der Gemeinden beim Vollzug des Bestattungsgesetzes (BestBek),
- die Friedhofssatzung (FriedhofsS) und die
- Friedhofsgebührensatzung (FriedhofGebS).

Im Übrigen richten sich die Anforderungen an die Bestattungsdienstleistungen insbesondere nach:

- der DIN EN 15017,
- den „Allgemeinen Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz (VSG)“ und den hierzu ergangenen Richtlinien der Sozialversicherung Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG),
- den Vorschriften des Gemeinde-Unfall-Versicherungsverbandes (GUV),
- den Bestimmungen der Friedhofssatzung und
- den Anordnungen des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer und die Unterauftragnehmer müssen alle für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen einhalten, bspw. die jeweils gültigen Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln. Die Vorschriften der Berufsgenossenschaften sind einzuhalten.

Zudem legt der Auftraggeber einen besonderen Fokus darauf, dass alle Sozial- und Arbeitnehmerschutzvorschriften, insbesondere alle gesetzlichen oder tariflichen Lohnvorschriften unbedingt eingehalten werden. Dies gilt auch für alle Unterauftragnehmer. Sofern es hier zu einem wesentlichen Verstoß kommt, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.

## 7. Wettbewerbsneutralität

Der Auftragnehmer darf die Beauftragung durch den Auftraggeber nicht zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen gegenüber anderen Bestattungsunternehmen verwenden, insbesondere nicht zur Werbung für sein Bestattungsunternehmen einsetzen.

Er darf Hinterbliebene nicht in der freien Wahl eines mit den übrigen Bestattungsdienstleistungen zu beauftragenden Bestattungsunternehmen beeinflussen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in Ausübung der Tätigkeit als Erfüllungsgehilfe ausschließlich in pietätvoller und werbeneutraler Kleidung, d.h. auch ohne Hinweis auf das eigene Firmenlogo des Auftragnehmers, auf dem Friedhofsgelände zu arbeiten. Dasselbe gilt für von ihm hierfür eingesetztes Personal.

## 8. Bestattungszeiten

Der Auftraggeber setzt die Bestattungszeiten nach den Bestimmungen der Friedhofssatzung fest (§ 9 Abs. 7 [FriedhofsS](#)). Dabei trägt er den Interessen des Auftragnehmers, der Hinterbliebenen, eines etwaig beauftragten privatrechtlichen Bestattungsunternehmens und evtl. der geistlichen Begleitung bzw. eines Trauerredners Rechnung. Gleiches gilt für Trauerfeiern ohne anschließende Beisetzung (wie Aussegnungen und Verabschiedungen).

## 9. Geheimhaltung/Schweigepflicht/Datenschutz

Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig zur Geheimhaltung über alle im Rahmen der Tätigkeiten aus diesem Vertrag zur Kenntnis gelangten Angelegenheiten (einschließlich betrieblicher Abläufe und Geschäftsgeheimnisse) gegenüber Dritten. Sie verpflichten sich ebenfalls zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung. Sie haben hierzu jeweils auch ihr zur Auftragserfüllung eingesetztes Personal und Erfüllungsgehilfen zu verpflichten. Die Verpflichtungen gehen zeitlich über das Vertragsverhältnis sowie über die jeweiligen individuellen Arbeitsverhältnisse hinaus.

## 10. Preisgestaltung und nachträgliche Preisanpassung

Für die Leistungen wird der Preis vergütet, der sich aus dem vertraglichen Einheitspreis in dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Preisblatt zzgl. dem jeweils gültigen Mehrwertsteuersatz ergibt.

Sämtliche Nebenkosten (wie z. B. Fahrtkosten, Lohn und Zuschläge, Arbeitsmittel und -geräte, Kosten der Hilfsmittel) sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Für erbrachte Leistungen, die nicht in der Leistungsbeschreibung aufgeführt sind, erhält der Auftragnehmer nur bei ausdrücklicher Beauftragung durch den Auftraggeber das zuvor vereinbarte Entgelt.

Sämtliche im Angebot des Auftragnehmers enthaltenen Preise für Löhne/Tarife und Material-/Kraftstoffpreise sind auf der Basis der Preise zum Zeitpunkt der Erstellung des Angebotes in die Kalkulation des Auftragnehmers eingeflossen.

In den ersten 24 Monaten nach Beginn der Vertragslaufzeit ist eine Preisanpassung nicht möglich. Danach kann eine Preiserhöhung durch den Auftragnehmer einmal jährlich schriftlich beantragt werden, wenn sich die Grundlagen seiner Kalkulation wesentlich verändert haben und sich eine Preiserhöhung von insgesamt mehr als 3 % ergibt.

Hierfür hat der Auftragnehmer seine entsprechend objektiv am Markt gestiegenen Kosten für Material/Energie und/oder Löhne/Tarife und deren Auswirkungen auf seine Angebotskalkulation schriftlich durch eine neue Preisberechnung bzgl. der betroffenen Positionen der Kalkulation und durch Vorlage entsprechender Belege schriftlich nachzuweisen. Es sind insbesondere die Rechnungen mit den tatsächlich für den Auftragnehmer gestiegenen Preisen der Hersteller/Lieferanten inkl. Bestelldatum und/oder Belege für die Lohn- bzw. Tarifierhöhungen beizulegen.

Es darf sich nicht um Preissteigerungen handeln, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe schon bekannt waren oder die allein im Verantwortungs- bzw. Entscheidungsbereich des Auftragnehmers liegen.

Nach Vorlage der Unterlagen und einer Schlüssigkeitsprüfung durch den Auftraggeber erfolgt eine Preisanpassung der nachgewiesenen Preissteigerung. Diese gilt dann ab dem auf die Beantragung plus mindestens 14-tägiger Prüfungsfrist folgenden Monatsersten und sobald der Auftraggeber die Preisanpassung schriftliche bestätigt hat.

Der Auftraggeber hat auch das Recht, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Preiserhöhung schriftlich zu kündigen.

Eine rückwirkende Preisanpassung ist nicht möglich. Sind die vorgelegten Unterlagen des Auftragnehmers unschlüssig bzw. nicht ausreichend für den Nachweis der Preiserhöhung, kann keine Preisanpassung geltend gemacht werden.

Im Umkehrschluss ist der Auftragnehmer verpflichtet, bei Preissenkungen von mehr als 3 % dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen und damit die entsprechenden Unterlagen zur Berechnung der Preissenkung dem Auftraggeber zu übermitteln. Die neuen Preise gelten ab dem auf die Mitteilung folgenden Monatsersten.

Sofern eine Preissenkung durch den Auftragnehmer nicht oder nicht rechtzeitig angezeigt wird, obwohl die Tatbestandsvoraussetzungen dafür vorliegen oder vorgelegen haben, hat der Auftraggeber das Recht, den Differenzbetrag der sich zwischen dem Preis vor der Senkung und dem ab dem Zeitpunkt der jeweiligen Preissenkung errechneten Preis ergibt, vom Auftragnehmer auch rückwirken zu verlangen.

## 11. Rechnungsstellung

Die Rechnungen sind für jeden Kalendermonat zwingend für jeden Friedhof (siehe Ziffer 1) gesondert zu erstellen. Jeder Rechnung ist eine prüfbare Anlage mit den – nach Leistungen gruppierten und chronologisch nach Leistungsdatum sortierten – durchgeführten Bestattungstätigkeiten zusammen mit einem eindeutigen Zuordnungsmerkmal (Vor- und Zuname der verstorbenen Person) für den jeweiligen Abrechnungszeitraum beizufügen. Alle Rechnungen sind in digitaler Form im PDF-Dateiformat unter folgender E-Mail-Adresse einzureichen:

[zentrale.finanzbuchhaltung@weiden.de](mailto:zentrale.finanzbuchhaltung@weiden.de)

Auf sämtlichen Rechnungen ist die Auftragsnummer des Auftraggebers für das jeweilige Objekt anzugeben, die mit der Auftragserteilung mitgeteilt wird.

Das Zahlungsziel beträgt gemäß § 17 VOL/B 30 Tage. Diese Zahlungsfrist beginnt erst dann zu laufen, wenn die Leistung ordnungsgemäß erfüllt wurde und dem Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung zugegangen ist.

Der Auftragnehmer ist zu einer Abrechnung der übertragenen Leistungen gegenüber den Hinterbliebenen nicht berechtigt. Die Gebührenerhebung gegenüber den Hinterbliebenen bleibt ausschließlich dem Auftraggeber vorbehalten, der entsprechend der Friedhofsgebührensatzung einen Gebührenbescheid erlässt.

## 12. Eingesetztes Personal

Dem Personal des Auftragnehmers ist das Betreten der Gebäude des Auftraggebers für Zwecke der Leistungserbringung gestattet. Der Zutritt zu Räumen, die für diesen Zweck nicht erforderlich und die auch nicht generell öffentlich sind, ist untersagt. Der Auftraggeber kann abweichend davon im Einzelfall den Zugang zulassen.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass sein eingesetztes Personal mit dem neusten Stand der Technik vertraut ist, in die Friedhofsabläufe eingewiesen ist und dass er insbesondere keine ungelernten Hilfskräfte mit den übertragenen Aufgaben betraut (vgl. dazu auch Abschnitt 5 der DIN EN 15017).

Ein bei Ausführung der jeweiligen Tätigkeiten anwesendes Mitglied des auftragnehmerseitigen Personals muss weisungsbefugt sein (Leitung). Diese Leitungsperson muss als Ansprechpartner vor Beginn der Tätigkeit beim Auftraggeber namentlich benannt werden. Diese kann neben der

Wahrnehmung der Leitungsaufgaben (Ziffer 1 nach Abschnitt D der Leistungsbeschreibung) auch selbst als Sarg- oder Urnenträger tätig sein bzw. aus dem Kreis dieser Konduktmitarbeiter bestimmt werden. Die Leitung dient insbesondere dem Friedhofspersonal als feste Ansprechperson des Auftragnehmers für den jeweiligen Termin und muss für die Aufgabenwahrnehmung entsprechend geschult und geeignet sein, sowie über umfassende Erfahrung in den Friedhofsabläufen verfügen.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass sämtliche Leistungen, die im Zusammenhang mit dem offenen Umgang mit Leichen stehen (z.B. Aufbahrung mit geöffnetem Sarg), durch vollumfänglich qualifiziertes Bestattungspersonal nach Abschnitt 5 der DIN EN 15017 erbracht werden. Die Qualifikationsnachweise des Bestattungspersonals sind den Angebotsunterlagen beizufügen. Soweit Qualifikationsnachweise während der Vertragslaufzeit erlangt werden, sind diese unverzüglich einzureichen. Der Auftraggeber behält es sich vor, in begründeten Einzelfällen auch für die sonstigen Leistungen die Durchführung durch qualifiziertes Bestattungspersonal zu fordern.

Insbesondere die Konduktmitarbeiter (bzw. Sarg- und Urnenträger) haben die Tätigkeiten in pietätvoller, werbeneutraler und einheitlicher, dunkler Bekleidung zu verrichten. Dies gilt sinngemäß auch für Schuhe (z.B. keine weißen oder knallig-farbigen Sneaker). Der Auftragnehmer sichert weiterhin zu, dass das Auftreten des eingesetzten Personals stets pietätvoll ist und der erforderlichen Würde des Anlasses stets gerecht wird. Zur erforderlichen Vertraulichkeit und Verschwiegenheit wird auf Ziffer 9 verwiesen.

Neue Mitarbeitende sind durch den Auftragnehmer in ihre Aufgaben und die Friedhofsabläufe einzuweisen.

Aufträge an Unterauftragnehmer dürfen durch den Auftragnehmer ab Beginn dieses Vertrages nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vergeben werden. Dem Auftraggeber sind dazu die Unterauftragnehmer unter Angabe der zu erbringenden Leistung zu benennen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind darüber hinaus Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Unterauftragnehmer (siehe §§ 122, 128 GWB) vom Auftragnehmer zu liefern. Die Haftung des Auftragnehmers für seinen Unterauftragnehmer wird dadurch nicht beschränkt. Der Auftraggeber ist in begründeten Fällen berechtigt, Unterauftragnehmer abzulehnen.

### **13. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis des Auftraggebers**

Der Auftraggeber hat die Befugnis, die dem Auftragnehmer übertragenen Tätigkeiten zu überwachen und ihm ggf. zweckentsprechende Anordnungen zu erteilen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere, den Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten.

### **14. Ansprechpartner**

Die erforderlichen Absprachen zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber für die Termine zur Leistungserbringung sind mit Friedhofsaufsehern der Stadt Weiden i.d.OPf. (Abteilung Bauhof/Gärtnerei, Sachgebiet Stadtgärtnerei) während der Bürozeiten direkt zu treffen.

Bürozeiten auf den Friedhöfen:

Montag bis Donnerstag:	08:00 Uhr - 11:30 Uhr und 13:00 Uhr - 15:30 Uhr
Freitags:	08:00 Uhr - 11:30 Uhr

Darüber hinaus sind ein einheitlicher Ansprechpartner und jeweils ein Vertreter von beiden Vertragsparteien bei Vertragsbeginn für die gesamte Vertragsdauer schriftlich festzulegen. Sollten sich Änderungen ergeben ist dies der jeweils anderen Vertragspartei umgehend schriftlich mitzuteilen.



## 15. Haftung und Versicherung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei Durchführung sämtlicher Arbeiten größtmögliche Sorgfalt anzuwenden und das Eigentum des Auftraggebers und der Grabnutzungsberechtigten schonend zu behandeln. Auftretende Beschädigungen sind unverzüglich dem Auftraggeber zu melden und falls schuldhaft vom Auftragnehmer verursacht, von diesem fach- und sachgerecht zu beheben bzw. beheben zu lassen. Der Auftraggeber ist berechtigt bei Nicht- oder Schlechterfüllung dieser Pflicht die Schadensbeseitigung durch einen Dritten durchführen zu lassen. Die durch die Beauftragung entstehenden Mehrkosten gehen bei vom Auftragnehmer verschuldeter Nicht- oder Schlechterfüllung zu seinen Lasten.

Der Auftragnehmer hat alle Sicherheitsvorkehrungen gegen Unfälle zu treffen. Hierbei sind alle einschlägigen Vorschriften, insbesondere die in Ziffer 6 genannten, zu beachten. Offenes Feuer in den Gebäuden (insbesondere Wachskerzen) ist nur in Abstimmung mit dem Auftraggeber und unter ständiger Aufsicht des Auftragnehmers gestattet.

Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden, die er, seine Erfüllungsgehilfen, seine Bediensteten oder Beauftragten in Erfüllung und bei Gelegenheit der vertraglichen Verbindlichkeiten verursachen.

Er haftet dem Auftraggeber insbesondere auch dafür, dass eventuell eingesetzte Unterauftragnehmer die für die Vertragserfüllung erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzen und ihre rechtlichen Verpflichtungen in Zusammenhang mit der Vertragserfüllung, insbesondere die gesetzlichen Sozial- und Arbeitsschutzbestimmungen, beispielsweise des Mindestlohngesetzes einhalten.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber insgesamt und unbeschränkt von Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit den von ihm zu erbringenden Dienstleistungstätigkeiten frei, z. B. von Ansprüchen von Bestattungspflichtigen, von diesen beauftragten Bestattungsunternehmen, von Hinterbliebenen sowie von jeglichen anderen Dritten. Die Haftungsfreistellung umfasst jegliche Ansprüche, die Dritte mittelbar oder unmittelbar gegen den Auftraggeber geltend machen können, soweit nicht der Auftraggeber selbst haften. Die Freistellungspflicht gilt auch nach Vertragsende bis zum jeweiligen Verjährungseintritt fort.

Für alle hier genannten Haftungsansprüche, insbesondere auch die Freistellungsansprüche ist durch den Auftragnehmer eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Dem Auftraggeber ist auf Verlangen, ggf. auch während der Vertragslaufzeit ein Nachweis über das Vorliegen der Versicherung vorzulegen.

Der vertragliche oder gesetzliche Umfang der Haftung des Auftragnehmers wird durch diese Haftpflichtversicherung weder eingeschränkt noch auf die Versicherungssumme begrenzt.

## 16. Leistungsstörung und Nichterfüllung der Leistung

Störungen in der Vertragserfüllung, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht oder nicht rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unverzüglich zu melden.

Der Auftraggeber kann bei mangelhafter Vertragsleistung den Rechnungsbetrag anteilig kürzen. Hierfür sind die Regelungen aus § 638 BGB analog heranzuziehen.

Bei (auch nur teilweiser) Nicht- oder Schlechterfüllung der Auftragsleistung durch den Auftragnehmer ist der Auftraggeber unabhängig von einer außerordentlichen Kündigung berechtigt, nach angemessener Fristsetzung zur Erfüllung und erfolglosem Ablauf dieser Frist ein anderes Unternehmen zu beauftragen. § 323 Abs. 2 BGB findet entsprechende Anwendung. Die durch die



Beauftragung entstehenden Mehrkosten gehen bei vom Auftragnehmer verschuldeter Nichterfüllung zu seinen Lasten.

Im Übrigen bleiben weitere vertragliche oder gesetzliche Ansprüche unberührt.

## 17. Vertragslaufzeit und Kündigung

Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2027 und endet am 31.12.2030. Der Vertrag endet nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer, einer zusätzlichen Kündigung bedarf es nicht. Eine stillschweigende Verlängerung nach § 625 BGB wird ausgeschlossen.

Sowohl der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer können den Vertrag fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Die Kündigung hat unter Angabe der Gründe schriftlich zu erfolgen. Für den Auftraggeber ist als wichtiger Grund insbesondere anzusehen, wenn

- der Auftragnehmer seine Leistungspflichten so schwerwiegend verletzt, dass dadurch dem Auftraggeber ein Festhalten an dem Vertrag unzumutbar gemacht wird,
- der Auftragnehmer die übernommenen Leistungspflichten nicht in der dem Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise ausführt und trotz Fristsetzung zur Abhilfe keine Abhilfe oder trotz Abmahnung eine erneute Pflichtverletzung erfolgt,
- die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt wird oder er die eidesstattliche Versicherung nach §§ 807, 899 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) abgegeben hat,

Der Auftraggeber ist berechtigt, in Fällen der fristlosen Kündigung die noch nicht erbrachten Leistungen durch einen Dritten durchführen zu lassen. Die hieraus entstehenden Mehrkosten und einen eventuellen Schaden hat der Auftragnehmer der Stadt Weiden i.d.OPf. zu ersetzen, wenn er die Gründe für die fristlose Kündigung zu vertreten hat.

Die sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Rechte des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der VOL/B und des BGB.

## 18. Sonstige Vereinbarungen

Von diesem Vertrag und von der VOL/B abweichende Bestimmungen werden nur Vertragsinhalt, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich anerkannt werden.

Gerät der Auftragnehmer in Insolvenz oder tritt er in ein Vergleichsverfahren ein, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Eine Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers wirksam.

Für den vorliegenden Vertrag gilt ausschließlich deutsches Recht, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch, unter Ausschluss des europäischen Vertragsrechts.

## 19. Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen mindestens der Textform. Dies gilt auch für Änderungen dieser Textformklausel. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit.

Wenn eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist oder wird, berührt dies nicht die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages. Die Parteien verpflichten sich bereits hiermit, eventuell unwirksame Bestimmungen dergestalt zu ergänzen oder zu ersetzen, dass der mit der ersetzten Bestimmung gewollte wirtschaftliche Zweck möglichst erreicht wird.

Soweit die Voraussetzungen des § 38 ZPO erfüllt sind, vereinbaren die Parteien als Erfüllungsort und Gerichtsstand Weiden i.d.OPf..

